

pax_zeit

2_2024



Versöhnung



pax
christi

Internationale Katholische
Friedensbewegung



Über einen der vergessenen Kriege, den im Sudan, berichtet Julia Kramer von der Kurve Wustrow. Sie erzählt von beeindruckenden Geschichten, die Mut machen. Mehr dazu auf den Seiten 16 und 17.



Reinhold Wanke, Sprecher der Regionalstelle Ost, ist am 16. März 2024 an den Folgen eines Fahrradunfalls gestorben. Er war in der Regionalstelle ein ruhender Pol, der die Arbeit dort zusammengehalten hat. Reinhold war aber auch ein kritischer Geist. Seine Fragen an unsere Arbeit gingen tief. Mit oberflächlichen Antworten gab er sich nie zufrieden. Er wollte Hintergründe erkennen und verstehen. Das war oft herausfordernd, aber immer konstruktiv. pax christi wird ihn mit dieser Hoffnung, Zuversicht und seinem Lebensmut im Gedächtnis bewahren. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie, die sein Fehlen verarbeiten und ertragen muss. Was bleibt, sind die Erinnerungen.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

das Thema unserer aktuellen pax_zeit ist Versöhnung. Kürzlich war eine Delegation von pax christi, 60 Jahre nach der ersten Sühnewallfahrt nach Auschwitz und Birkenau, auf den Pfaden dieser ersten Schritte der Versöhnung zwischen Deutschland und Polen unterwegs. Gefunden haben sie Eindrücke vom Unfassbaren und immer wieder auch Spuren damaligen Widerstands und unbeirrbarer Hoffnung. In diesem Heft finden Sie Berichte und Eindrücke dieser Reise.

An anderen Orten setzen sich Krieg und Gewalt fort, so in Gaza oder im Sudan. Hier fehlt Versöhnung. Rabbi Jeremy Milgrom zeichnet in seinem Artikel einen starken Kontrast zwischen Werten des jüdischen Glaubens und der Realität militärischen Handelns der israelischen Regierung im Gaza-Streifen. Julia Kramer gibt Einblicke in den hierzulande kaum wahrgenommenen Konflikt im Sudan, der uns nicht nur wegen hoher Opferzahlen interessieren sollte, sondern auch weil die EU in der Vergangenheit im Rahmen ihrer Grenzschutzmaßnahmen am bewaffneten Konflikt beteiligte Gruppen unterstützte.

Versöhnung braucht Verantwortung. Der Artikel von Susanne Weipert zu einer Studie über Deutsche Rüstungsexporte drängt auf ein Rüstungsexportkontrollgesetz, um Grauzonen deutscher Rüstungsexporte zu durchleuchten und einen Rahmen für Verantwortungsübernahme zu schaffen.

Nicolas Mele – pax christi USA – analysiert Trends in Bezug auf die Wahlen in den USA und stellt offene Fragen zu Polarisierung und der Einengung öffentlicher Diskurse, ein schwieriges Klima für verantwortliches Handeln.

Ich wünsche Ihnen viel Freude und Inspiration bei der Lektüre!

Herzlichst
Esther Mydla

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. Herausgeber pax christi Deutsche Sektion e. V., Redaktion Esther Mydla (verantw.), Claudia Dichtl, Georg Kesting, Odilo Metzler, Josef Roberg Titelfoto Martin Pilgram Gesamtherstellung Eva Begemann & Fabian Wilczek, qupferrot – Visuelle Gestaltung Druck und Versand Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal. Leser:innenbriefe und mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leser:innenbriefen vor. pax christi – Deutsche Sektion e. V., Feldstr. 4, 13355 Berlin, Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de Gedruckt auf CircleOffset (100 % Altpapier, FSC- und Blauer Engel zertifiziert) Redaktionsschluss für die Ausgabe 03_2024: 3.6.2024

Inhalt

Polen

- 4 **Dialog auf Augenhöhe**
Johannes Schnettler
- 6 **Versöhnung heißt, einander zu achten**
Joachim Haas-Feldmann
- 8 **Erinnern heißt, Kraft zu schöpfen**
Georg Kesting

Gaza

- 9 **Kein Krieg ist gerechtfertigt**
Jeremy Milgrom

Pax Christi International

- 12 **„Zügelloser Militarismus und Erosion der demokratischen Systeme“**
Nicholas Mele

Rüstungsexporte

- 14 **Missachtung des Völkerrechts und unzureichende Kontrolle**
Susanne Weipert

Sudan

- 16 **Unsichtbares Leiden, unsichtbare Held:innen**
Julia Kramer

Diözesanverbände im Profil

- 18 **„Friedensarbeit muss nicht asketisch sein“**
Joachim Hoffknecht

Glaube Perspektive

- 19 **Zukunft hat der Mensch des Friedens**
Veronika Hüning



Foto: Martin Pilgram

Wrocław ist die Stadt der Zwerge. Mehr als 600 sollen es mittlerweile sein, die sich da im Stadtbild Wrocław tummeln. Einst das Symbol des politischen Widerstandes gegen die kommunistische Partei, wurden sie schnell zum Tourismusmagneten der Stadt. Auch die 25-köpfige pax christi-Delegation hatte das Vergnügen, diese Zwerge zu besuchen. Es standen aber auch ernstere Themen im Fokus der Reise. So zog sich die die Versöhnungsarbeit zwischen Polen und Deutschland als roter Faden durch den Besuch der Städte Oświęcim, Krzyżowa und Wrocław. Über Annäherungen, Erinnerungskultur und Dialog erfahren Sie mehr auf den folgenden Seiten im Schwerpunkt ‚Versöhnung‘.



Fotos: Martin Pilgram

Dialog auf Augenhöhe

Pilgerreise von pax christi 60 Jahre nach der ersten Sühnewallfahrt nach Auschwitz

Johannes Schnettler

„Wir werden den Weg des Friedens und der Versöhnung gemeinsam fortsetzen.“ Dieses Versprechen, das pax christi-Präsident Bischof Peter Kohlgraf, dem Kanzler der Erzdiözese Wrocław, Jacek Froniewski, gab, steht programmatisch für die achttägige Reise der deutschen Sektion Anfang März nach Polen. pax christi setzt damit den Weg fort, den 35 pax christi-Pilger:innen zu Pfingsten 1964 mit ihrer Sühnefahrt nach Auschwitz beschritten hatten. „Wir kommen mit Scham und Sühne“, sagten sie damals in Auschwitz-Birkenau ihren polnischen Gastgebern und öffneten so die Türen für den Neuanfang in den Beziehungen zwischen Polen und Deutschen.

60 Jahre später sprechen die 23 Pilger:innen von der deutschen Schuld an den Opfern von Auschwitz und der Verantwortung, die sich für jede Generation neu stellt. Für Manfred Deselaers, seit 30 Jahren Auslandsseelsorger der Deutschen Bischofskonferenz im Zentrum für Dialog und Gebet in Oswiecim und Mitglied von pax christi, bedeutet das: auf die Erde von Auschwitz hören.

„Wie werde ich ein guter Mensch?“

Erfahrbar wird das allen beim Kreuzweg durch das ehemalige Vernichtungslager Birkenau, mit Zeugnissen der Opfer und

in den „Gezeichneten Worten“ des Auschwitzüberlebenden Marian Kołodziej beim Besuch der Ausstellung in Harmęże, unweit von Birkenau. Der 2009 verstorbene Kołodziej entlässt die Besucher:innen seiner Bilder mit der Frage „Wie werde ich ein guter Mensch?“

Der langjährige Beauftragte für den deutsch-polnischen Dialog der Bischofskonferenzen, Bischof Wiktor Skworc betont: „Es ist unverzichtbar, an dem vor 60 Jahren eingeschlagenen Weg des Friedens und der Versöhnung festzuhalten.“ In Krakau folgt ein Gedenken am Ort des Ghetto-Platzes. Der Gang durch das ehemalige Zentrum jüdischen Lebens in Kazimierz, der Blick auf die verwaisten Synagogen und die Ausstellung „Krakau zur Zeit der NS-Besatzung“ vergegenwärtigen die Erinnerung an Ideologie und Terror der Täter.

Spurensuche im jüdischen Viertel

In Wrocław, dem früheren Breslau, erinnern die pax christi-Mitglieder im jüdischen Viertel an die Auswirkungen der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten. Lebten vor dem Krieg 30.000 Jüdinnen und Juden in der Stadt, sind es heute 3.000. Von der drittgrößten Synagoge im ehemaligen Deutschen Reich gibt es nur noch Fotodokumente. Das Haus, in dem



die Jüdin und spätere Katholikin Edith Stein mit ihrer Mutter und ihren Geschwistern wohnte, dem heutigen Edith-Stein-Museum, hält die Wurzeln und die Tradition der Familie Stein in Breslau lebendig. An einer Straßenecke stößt die Gruppe auf eine Gedenktafel für den gebürtigen Breslauer und Nobelpreisträger, den Juden Max Born, der vor der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten fliehen musste. Im „Historischen Museum im Depot“, dem ehemaligen Straßenbahn- und Busdepot der Stadt, erleben die Pilger:innen die Verwandlung Breslaus in Wrocław. Das Museum zeigt die Vertreibung der deutschen Bewohner:innen Breslaus und die Ansiedlung der aus den ehemaligen Ostgebieten Polens Vertriebenen in den ersten Monaten nach Ende des 2. Weltkrieg. Die Ausstellung zur Geschichte der Stadt Wrocław dokumentiert die Aufbauleistung der weitestgehend zerstörten „Festung Breslau“. Sie zeigt die neue regionale Identität, den Kampf der Gewerkschaftsbewegung Solidarność gegen die kommunistische Staatsführung und das soziale und politische Leben nach Wiedererlangung der Freiheit und der vollen staatlichen Souveränität ab 1989.

Starke Worte

Ein besonderes Augenmerk der Gruppe gilt dem Versöhnungswort der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder, dessen geistiger Vater der Bischof von Wrocław, Bolesław Kominek, war. „Wir gewähren Vergebung und wir bitten um Vergebung“ hieß es 1965 im Brief an die in der Konzilsaula

versammelten deutschen Bischöfe. Bischof Kohlgraf würdigt gegenüber den polnischen Gastgebern diese einzigartige Versöhnungsgeste: „Wir erinnern uns mit Dankbarkeit an die versöhnliche Hand, die uns entgegengestreckt wurde. ‚Wir bitten um Vergebung‘ – das waren starke Worte. Wir Deutsche sind uns unserer Schuld bewusst und können uns heute der Verantwortung für das, was geschehen ist, nicht entziehen.“ Damit weist Bischof Kohlgraf auf das nicht immer spannungsfreie Miteinander von Deutschen und Polen hin.

In Kreisau, heute Krzyżowa, wo sich während des Kriegs Gegner des Nationalsozialismus im „Kreisauer Kreis“ getroffen haben, werben Robert Żurek, Leiter der Akademie Kreisau für Europäische Verständigung, und Sebastian Duda, Theologe und Publizist, für eine „Kultur der Begegnungen“, ebenso die deutschen Freiwilligen in Kreisau, Jarek, Niko, Theo und die Ukrainerin Lada.

Diese Anstöße greift der Bundesvorsitzende Gerold König am Ende der Reise auf. „Die Schaffung einer gemeinsamen lebendigen Erinnerungskultur ist nur durch eine Intensivierung des deutsch-polnischen Dialoges auf Augenhöhe und durch die Förderung von Begegnungen möglich.“

Johannes Schnettler war von 1994 bis 2012 Vizepräsident der deutschen Sektion von pax christi und ist Mitglied der pax christi-Kommission Östliches Europa.



Versöhnung heißt, einander zu achten

pax christi in Kreisau – Ort der Hoffnung

Joachim Haas-Feldmann

Wenige Meter von der Stelle entfernt, wo am 12. November 1989 die Versöhnungsmesse mit dem berühmten Friedensgruß des polnischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki und von Bundeskanzler Helmut Kohl stattfand: sozusagen auf historischem Boden im Schloss von Kreisau (Niederschlesien), ist eine deutsche pax christi-Delegation zu Gast bei der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung. 60 Jahre nach der Sühnewallfahrt von pax christi 1964 geht es wieder um Versöhnung. Versöhnung zwischen Deutschland und Polen als Beispiel für künftigen Frieden in Europa. Kein leichtes Thema, wie die Diskussion mit Robert Żurek von der gastgebenden Stiftung Kreisau und mit dem Theologen, Publizisten und Philosophen Sebastian Duda zeigte. Żurek meinte, Versöhnung sei immer schwierig – 1964 ebenso wie aktuell unter veränderten Vorzeichen. Ausschlaggebend sei jetzt, dass „genug Ressourcen“ für intensive Begegnungen zur Verfügung stünden.

pax christi-Präsident Bischof Peter Kohlgraf schätzte das ähnlich ein, mit seinem Appell, die Begegnungen mit der polnischen Zivilgesellschaft auf deutscher Seite „merklich auszubauen“. Wichtig sei, dass eine „gemeinsame Erinnerungskultur belebt wird, um Polen von seiner Geschichte her besser verstehen zu lernen und damit einen Beitrag zur Versöhnung in Europa zu leisten“.

Das Einende in den Vordergrund stellen

Agatha, eine junge Mitarbeiterin der gastgebenden Stiftung, spannte in der Diskussion den Bogen zur überkonfessionellen und überparteilichen NS-Widerstandsgruppe „Kreisauer Kreis“. Der ist nach dem Ort der Treffen auf dem Gut von Helmuth James Graf von Moltke benannt, wo Ideen für ein demokratisches Nachkriegsdeutschland gesammelt wurden – die meisten vom inneren Kreis flogen auf und wurden hingerichtet. Agatha sagte, im Kreisauer Kreis sei seinerzeit Trennendes hintangestellt und Einendes in den Vordergrund gestellt worden. Das könne Modell auch für heutige Versöhnung zwischen Völkern sein.

Robert Żurek riet dazu, die „Andersartigkeit Polens“ zu respektieren und bei der Diskussion um Versöhnung zu beachten. Er wie auch Sebastian Duda konkretisierten das: Tief sitzende Ängste und Unsicherheitsgefühle seien bei Polinnen und Polen historisch begründet. Denn im 18. Jahrhundert sei die damalige Großmacht innerlich zerfallen. Dann teilten Russen, Preußen und Habsburger das polnische Staatsgebiet unter sich auf. 1918 sei zwar die erste Republik entstanden, die aber sei nicht von langer Dauer gewesen. Der von Deutschland entfachte Zweite Weltkrieg mit dem damit verbundenen Massenmord habe Polen „an den Rand der Vernichtung gebracht“. Der



Fotos: Martin Pilgram

ab 1945 von der Sowjetunion aufgezwungene Kommunismus sei nach Kriegsende alles andere als befreiend gewesen. Und nach dieser Unterdrückung habe die polnische Bevölkerung seit 1989 in der Zweiten Republik „rapide dynamische Veränderungen“ in der Gesellschaft verarbeiten müssen. Das alles hätten die meisten Polinnen und Polen als Bedrohung und Identitätsverlust empfunden.

Hinzu komme dabei, so Duda, dass sich die Menschen vielfach als Opfer sähen, gepaart mit einem „Messianismus“, in dem sich im Grunde die guten alten Zeiten widerspiegeln sollten. Dazu trage die katholische Amtskirche entscheidend bei, die Nationalismus und Dogmatismus als Abschottungsstrategie wähle. Anhänger:innen einer offenen, liberalen Kirche seien stark in der Minderheit.

Freilich verfangen der katholische Dogmatismus bei 20- bis 30-Jährigen kaum noch. Bei denen wirke sich ein Säkularisierungsprozess so aus, dass Kirchenbindung kaum noch vorhanden sei.

Neue Debattenkultur

Agatha, als Vertreterin dieser Generation, bestätigte das aus eigenem Erleben: Schon ihre Eltern hätten sich der Amtskirche

entfernt. Katholische Amtsträger, die auch für kritische Geister offen seien, habe sie kaum erlebt. Sie habe zwar eine katholische Schule besucht, aber dort habe sie stets den Eindruck gehabt, es würde nur die streng konservative Ideologie der PiS-Partei verbreitet. Jener Partei also, die bei den Parlamentswahlen im Herbst 2023 nach acht Jahren aus der Regierung abgewählt wurde. Ob es nun mit der neuen, liberaleren Koalition besser für Polen werde, bleibe abzuwarten, so der Tenor der Fachleute. Duda setzt eine gewisse Hoffnung in die Partei „Dritter Weg“ und den im Sejm als Parlamentspräsidenten wirkenden Szymon Holownia. Der habe im Wahlkampf im Unterschied zur PiS keinen katholischen Dogmatismus verbreitet, sondern zeige sich offen für alle politischen Richtungen. Jedoch bestehe eine gewisse Hoffnung, dass sich dank seines Vorbilds die Debattenkultur bessere.

Diese sei eine wichtige Voraussetzung für Versöhnung, so ein weiterer Tenor der Diskussion in Kreisau. Denn ohne Gesprächsbereitschaft, auch schwierigen Partnern gegenüber, könne Versöhnung nicht gelingen.

Joachim Haas-Feldmann war Teilnehmer der pax christi-Reisegruppe nach Polen.

Erinnern heißt, Kraft zu schöpfen

Kreuzwegmeditation in Auschwitz

Georg Kesting



Fotos: Martin Pilgram

Wir sind in Auschwitz. Wie stellt man sich der Monstrosität dieses Ortes? Sich ein Bild machen, sagt Gerhard Richter, der Maler. Sich dem Leid aussetzen, den Kreuzweg, den Weg der dem Grauen Ausgesetzten meditieren, sagt Manfred Deselaers, der Seelsorger: „Glauben in Auschwitz ist immer ein Ringen um den Glauben, der hier zu einer Suche nach Gott wird, die ununterbrochen auf die Frage stößt: Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen?“

Wir folgen den Schienen. Am Todestor sucht ein Schüler filmend effektvolle Perspektiven. Über uns blauer Himmel. Kalter Wind weht über die freie Fläche, über die ungeschützte Rampe von Birkenau. Um uns Zeugnisse des Leidens. Unter uns die Ermordeten. Glaube, ein Ringen mit der Hoffnung in einer Wüste der Boshaftigkeiten, der Ungewissheit, des Zweifelns: „Beten wir für alle, deren Träume hier zerstört wurden ... die ganz einfach ‚weg‘ sollen.“ Zu viele Worte wurden hier zu Phrasen. Manfred Deselaers nimmt uns hinein in Leiden und Sterben Jesu Christi, „glaubend, dass Christus den Weg der Menschen hier mitgegangen ist.“ 14 Stationen gehen wir. 14 Stationen meditieren wir Worte der Bibel, Zeugnisse der Opfer, Leiden heute, beten – schweigen. Baracken, Zäune, Wege, exakt ausgerichtet auf den Tod. Menschen, exakt vermessen, gezählt, sortiert, mit Befehlen zugerichtet. Diesen letzten Weg sind Rosa und Edith Stein, Maximilian Kolbe, Tausende gegangen, in der Mehrzahl – wie Jesus – Juden.

„Die Sauna“, ein Ort der Verwandlung des Menschen, der in das Bild Gottes hineingeschrieben ist, zur Nummer, zum Opfer der Willkür: „Dem Grauen der Tage folgt kein erlösender Schlaf, Hunger zerschneidet das Gedärm“. Trümmer der Gaskammern geben den Blick frei in die Hölle. Manche trugen ‚des anderen Last‘, teilten Brot, trösteten, bevor der Henker kam. Eine Lichtung, grasbewachsene Idylle. Maulwürfe bringen immer noch Knochensplitter ans Tageslicht: „Lehre uns Herr den aufrechten Gang ... für Wahrheit, Gerechtigkeit, Barmherzigkeit, Solidarität einzutreten, auch wenn es Nachteile bringt.“ Wir gehen an Gräben, Zäunen entlang, lassen Bilder entstehen, nehmen das Leid auf und wandeln es um im Gebet. Der Verbitterung, der Sprache der Abgrenzung, dem Hass überlassen wir so keinen Raum. Auschwitz ist Vergangenheit – Oświęcim ist heute, erinnert Manfred Deselaers. Erinnern ist aktiv, um aus ihr Kraft für das Jetzt zu schöpfen: „Auschwitz muss zu einem Ort werden, der der Welt die Würde jedes einzelnen Menschen bewusst macht und uns in unsere große Verantwortung für den Frieden ruft.“

Wir verlassen Auschwitz und fahren auf Kreisau zu, dem Ort mutiger Humanität, des Widerstandes. Heute Ort der Begegnung und des Dialogs. Eine Brücke des Lebens zwischen Ost und West.

Georg Kesting ist Mitglied der pax_zeit-Redaktion.

Kein Krieg ist gerechtfertigt

Israels Regierung hat noch nie so unjüdisch gehandelt

Jeremy Milgrom

In unserem Tischgebet loben wir Gott, der für die Nahrung aller sorgt. Sollten wir das nicht auch tun? Die letzten sechs Monate in Gaza zeigen, dass Menschen aufhören, als Partner:innen Gottes für den Schutz des Lebens, seine Unversehrtheit und das Recht auf Nahrung zu sorgen. Ich möchte diese Perverterung der Natur und des göttlichen Willens aus jüdischer Perspektive prüfen.

Barmherzigkeit: Kennzeichen des Judentums

Eine talmudische Betrachtung: „Barmherzig, sanftmütig und hilfsbereit zu anderen zu sein, sind die Eigenschaften, die wir Juden anstreben, und wenn Menschen das Gegenteil tun, wenn sie grausam, arrogant und hasserfüllt sind, wie können sie Juden sein?“ Das hebräische (und arabische!) Wort für ‚barmherzig‘ ist ‚rahman‘, das mit ‚rehem‘, ‚Schoß‘, verwandt ist. So lernen wir Barmherzigkeit aus dem Prozess der Schaffung und Pflege von Leben.

Traurig ist, dass die Hauptvertreter:innen des Judentums – die israelische Regierung und etablierte Vertreter:innen in Israel, Mainstream-Rabbiner und Gemeindeleiter in der Diaspora – so unjüdisch wie nie in der jüdischen Geschichte gesprochen und gehandelt haben. Während ich dies am Beginn des Frühjahrs 2024 schreibe, sind Zehntausende Nichtkombattanten, überwiegend Frauen und Kinder, getötet worden. Millionen Menschen im Gazastreifen wird Nahrung, Wasser, medizinische Versorgung und Zuflucht verweigert. Doch die humanitäre Sorge um das Wohlergehen aller, Juden wie Nicht-Juden, die jüdisches Gemeinschaftsleben kennzeichnet, scheint völlig verdunstet zu sein. Wie konnte das geschehen?

Ich schreibe dies Euch, einem empfindsamen deutschen Publikum, meinen Partner:innen in den Friedensbemühungen seit mehr als dreißig Jahren. Ich hoffe, ihr verzeiht mir folgende verstörende Bemerkung:

Den Feind auslöschen

„Am Ende des Zweiten Weltkrieges plante eine Gruppe von Israelis, die in der britischen Armee und der Haganah gedient hatte, zahlreiche Racheakte in Deutschland. Die nationalen Gremien des entstehenden Staates Israel verboten ihnen aber, ihre Pläne auszuführen, weil sie befürchteten, dass sie die Gründung des Staates verhindern könnten. Die nationalen Gremien wägten also einen Wert gegen einen anderen ab und entschieden, dass der Wert der Staatsgründung Vorrang



vor den Racheakten gegen das deutsche Volk hat, obwohl es Zeit war, die Shoah zu rächen. Heute, wo der Staat vor der Zerstörung des 7. Oktober steht, ist es uns erlaubt, zu rächen, was die Nachkommen Amaleks uns angetan haben.“

Das ist der letzte Absatz eines Leserbriefs, der am 29.3. in Haaretz (dem israelischen Pendant zur New York Times) veröffentlicht wurde. Er wurde nicht von einem Extremisten geschrieben, sondern von David Bar-Ophir, einem Richter im Ruhestand. Seine Kollegen verurteilen gewaltlose palästinensische Aktivisten routinemäßig zu Gefängnisstrafen. Zudem erlauben sie der Regierung fast immer, die Häuser der Familien palästinensischer Kämpfer abzureißen und palästinensisches Land für den Bau illegaler israelischer Siedlungen auf besetztem Land zu enteignen.



In der biblischen Geschichte war Amalek eines der einheimischen Völker, die das Land bewohnten, gegen das die Israeliten kämpften, nachdem sie von Moses aus der Sklaverei befreit waren. An zwei Stellen in der Thora (Exodus 17 und Deuteronomium 25) wird den Amalekitern ein ewiger Krieg erklärt. Das Gebot gilt aber nach Ansicht der meisten jüdischen Kommentator:innen nicht mehr, da das Volk der Amalekiter real nicht mehr existiert. Aber die Vorstellung, einen gnadenlosen Feind vollständig zu beseitigen, lässt sich nicht tilgen; sie diente vor wenigen Generationen als Inspiration für die Rachefantasie gegen die Deutschen und ist heute in den dunkelsten Ecken der israelischen Gesellschaft in Bezug auf die Palästinenser:innen wieder aufgetaucht.

Bewahrung des Judentums statt Verschanzung des Staates

„Wer den Tod eines einzigen Menschen verursacht, hat im Grunde den Verlust einer ganzen Welt herbeigeführt.“ (Mischna Sanhedrin).

In einem kürzlich veröffentlichten Artikel des amerikanischen Rabbiners Yitz Greenberg, der die Verweigerung von Nahrung für die Menschen in Gaza anprangert, gibt es zwar Mitgefühl, aber nur für die gebeutelten Israelinnen und Israelis, nicht für die Palästinenser:innen. Leider ist er von israelischer Propaganda durchsetzt. Ich gehe nicht auf den Anspruch ein, dass Israel einen Verteidigungskrieg führt; viele Argumente

sprechen dagegen, in jedem Fall glaube ich als Pazifist, dass kein Krieg gerechtfertigt oder notwendig sein kann.

Greenberg zufolge ist das Leid, das den Menschen in Gaza zugefügt wird, falsch, weil es das Judentum in ein schlechtes Licht rückt und Israels internationalem Ansehen schadet. Jüdische Texte, die zur Barmherzigkeit aufrufen, kommen nicht vor. Einer, an den ich denke, lautet: „Wie Gott als barmherzig beschrieben wird, so müsst auch ihr barmherzig sein.“ Stattdessen ist das, was wir hier finden, meist kalte Schadensbegrenzung aus Kosten-Nutzen-Gründen. In den Augen dieses Autors und seines Publikums ist wichtiger als die Bewahrung des Judentums, der Schutz des jüdischen Volkes durch die Verschanzung eines jüdischen Staates.

Israels politische und geistliche Führer und seine internationalen Unterstützer:innen haben entschieden, dass Israel keine Verpflichtung hat, den Palästinenser:innen mit Barmherzigkeit, Sanftmut und Hilfsbereitschaft zu begegnen, Eigenschaften, die für die jüdische Identität wesentlich sind, wie unser erster Text lehrt. Die Tilgung dieser Eigenschaften begann nicht als Reaktion auf den Hamas-Angriff vom 7. Oktober; sie ist seit den Anfängen des Zionismus vor 140 Jahren mehr oder weniger präsent und hat nun ein nie dagewesenes Maß an Brutalität erreicht. Wie die palästinensische Kriminologin Nadera Shalhoub Kevorkian eindringlich sagte, richtet sich Israels entmenslichender



Krieg nicht nur gegen den lebenden palästinensischen Feind, sondern auch gegen seine Leichen.

Mit starker Liebe umarmen

Als jemand, der in der Bibel nach Wahrheit und Inspiration sucht, habe ich das Gebot für Israel, die einheimischen Völker Kanaans auszulöschen, nie als göttlich akzeptiert. Ich empfinde es als entsetzlich, dass ein solches Gebot heute von vielen als gültig angesehen wird. Die jüdische Tradition hat solche blutrünstigen Passagen zugunsten des Strebens nach Frieden und der Heiligkeit allen menschlichen Lebens aufgehoben und für nichtig erklärt. Die Wiedereinführung von Rache und Völkermord bedeutet, den Prozess der weiteren Erkenntnis und Vervollkommnung auszuhöhlen, der das Beste im Judentum hervorbringt. Diejenigen, die das jüdische Volk respektieren, ihm verbunden sind und es lieben, sollten diesen Rückfall nicht dulden und schon gar nicht gutheißen.

Ich weiß wirklich nicht, wie ich mit jemandem umgehen soll, der das Verhungern befürwortet. In meinen Augen ist das eine unfassbar barbarische Form der Folter. Die, die das tun, haben ihre Menschlichkeit verloren. Aber wir können sie nicht aufgeben und wegschauen. Wir müssen sie vielmehr mit einer starken Liebe umarmen, die unsere Sorge um ihre Sicherheit und ihr Überleben zeigt, ihnen aber verbietet, denen zu schaden, die das traurige Schicksal haben, unter ihrer Kontrolle zu stehen. Politische Lösungen werden

angeboten und diskutiert. Ich unterstütze weiterhin die Schaffung eines binationalen Staates und die Rückkehr der palästinensischen Geflüchteten. Aber Nahrung, Wasser, Unterkunft und medizinische Versorgung sind sofort ohne Ausreden, Bedingungen oder Verzug bereitzustellen.

In unseren monotheistischen Traditionen ist Gott ein Gott von Liebe und Barmherzigkeit. Wenn wir Gott lieben und fürchten, müssen wir diese Eigenschaften leben.

Rabbi Jeremy Milgrom ist Mitbegründer der Rabbiner für Menschenrechte, engagiert sich u. a. gegen die Vertreibung der Jahalin-Beduinen in Israel und im interreligiösen Dialog und ist seit über 30 Jahren Partner von pax christi.



„Zügelloser Militarismus und Erosion der demokratischen Systeme“

pax christi USA vor den Wahlen

Nicholas Mele

In diesem Jahr wählen die Vereinigten Staaten ihren Präsidenten, das gesamte Repräsentantenhaus und eine beträchtliche Zahl von Senator:innen. Bei den Bundes-, wie den lokalen Wahlen geht es um Themen, die die Bevölkerung täglich betreffen: reproduktive Rechte und Einwanderung, aber auch Strafjustiz, Bildung oder Wohnkostenbegrenzung.

Eine ernste Herausforderung ist, dass es in vielen, von Republikanern regierten Staaten schwieriger wird, zu wählen. Laut dem Brennan Center, einem überparteilichen Institut für Recht und Politik, „haben die Staaten in den vergangenen 20 Jahren Hürden vor den Wahlurnen errichtet, indem sie Gesetze zum Ausweis von Wähler:innen verschärft, die Wahlzeiten verkürzt, die Registrierung eingeschränkt und die Wählerlisten bereinigt haben. Diese Bestrebungen ... haben vor allem ethnische Minderheiten, arme Menschen sowie junge und alte Wähler:innen belastet.“ Die lokalen Wahlen sind so wichtig wie die nationalen. Als sich abzeichnete, dass es zu einem Rückspiel zwischen Joe Biden und Donald Trump kommt, fragte ich einen nationalen Politikberater, was Menschen wie ich tun könnten, um die Wahl zu beeinflussen. Seine Antwort: „Handeln Sie vor Ort!“

Polarisierung der Debatten

Da es in den USA kein nationales Bildungssystem gibt, wird z. B. der Geschichtsunterricht den lokalen Schulbehörden überlassen, ebenso Staatsbürgerkunde, die aus vielen Lehrplänen verschwunden ist. Dies erklärt zum Teil die steigende Polarisierung der Debatten und die schreckliche Parteilichkeit, die die Loyalität zur Partei über das Gemeinwohl stellt. Die Regierungen der Bundesstaaten entscheiden auch über die Entkriminalisierung von Marihuana, den Zugang zu Abtreibung und Geburtenkontrolle und die Legalität der Sterbehilfe sowie über weniger diskutierte Themen wie staatliche Parkanlagen, Zulassungsgebühren für Fahrzeuge und staatlich finanzierte Universitätsbudgets. In letzter Zeit widmen selbst lokale Medien solchen Themen weniger Aufmerksamkeit und konzentrieren sich auf die Präsidentschaftswahlen. Der Zusammenschluss lokaler Medien zu landesweiten Konglomeraten ist eine weitere Ursache für die Polarisierung, da Informationen über lokale Themen schwerer zugänglich sind.

Die Wahl von Senator:innen und Kongressabgeordneten wirken sich auf lokale wie nationale Themen aus. Präsident



Biden konnte einen Großteil seiner Wahlkampfagenda durchsetzen, weil die Demokraten in den ersten beiden Jahren seiner Präsidentschaft die Mehrheit im Kongress hatten. Seit den Kongresswahlen 2022 verfügt er über eine Mehrheit im Senat und ein gespaltenes Repräsentantenhaus, was die Verabschiedung von Gesetzen, wie z. B. die Hilfe für die Ukraine und den Staatshaushalt, erschwert. Es ist unklar, welche Partei nach den Wahlen im November den US-Kongress kontrollieren wird.

Keine Kritik an Trump

Beim Rennen um die Präsidentschaft scheint es, dass kein führender Republikaner bereit ist, Trump für seine Inkompetenz, seine Unmoral oder seine unverschämten Äußerungen zu kritisieren. Ich weiß nicht, warum so viele Wähler:innen in den USA Trump unterstützen, aber ich habe ein paar Vermutungen: Er ist unterhaltsam und kanalisiert die Frustration und Empörung, die viele US-Amerikaner:innen angesichts der raschen Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft empfinden, in Wut auf „sie“, egal ob es sich bei „ihnen“ um Einwandernde, Schwarze, Liberale oder eine andere Zielgruppe handelt.

Indem er Einwandernde zum Sündenbock macht, zeigt er eine Form der Fremdenfeindlichkeit, die in den USA seit Langem besteht. Nach dem Bürgerkrieg und während des 20. Jahrhunderts gewannen der Ku-Klux-Klan und andere Gruppen viele Anhänger:innen, indem sie die neuen Einwandernden und die befreiten Afroamerikaner:innen ablehnten, unterdrückten und verhöhnten. Trump und seine Verbündeten bringen diese widerwärtige Haltung in die heutige Zeit.

Schäden korrigieren

Biden hat die letzten drei Jahre damit verbracht, einen Großteil des Schadens zu korrigieren, den Trump der Wirtschaft zugefügt hat und der sozialen Vereinbarung, dass alle Bürger:innen gleich behandelt werden sollten. Gleichzeitig hat Biden in die Zukunft geblickt und versucht, fossile Brennstoffe durch erneuerbare Energien und veraltete durch zukunftsorientierte Infrastrukturen zu ersetzen. Er hat Allianzen wiederbelebt, die Trump vernachlässigt hat. Einige dieser Initiativen sind umstritten, am offensichtlichsten Bidens langjähriges scheinbar unerschütterliches Engagement für die Verteidigung Israels, seit die Angriffe der Hamas am 7. Oktober 2023 eine überwältigende militärische Reaktion auslösten, die Zehntausende palästinensische Todesopfer gefordert hat. Zuletzt scheint Biden in den Wahlkampfmodus geschaltet zu haben, indem er Werbespots veröffentlicht, die direkt die Frage nach seinem Alter ansprechen und seine wirtschaftlichen Leistungen anpreisen.

Was wird im November geschehen? Der Ausgang der Wahlen kann nicht vorhergesagt werden, besonders angesichts der Strafverfahren, die gegen Trump und einige seiner Mitarbeiter:innen laufen. Die Erkenntnisse in einem Vergewaltigungs- und einem Betrugsverfahren gegen ihn scheinen seine Popularität nicht zu schmälern, aber die öffentliche Unterstützung für ein Idol kann durch Fakten untergraben werden. Viele Fakten werden im Laufe der Verfahren ans Licht kommen, unabhängig davon, ob sie vor oder nach den Wahlen zu Verurteilungen führen. Die aktuellen Umfragen zeigen ein sehr enges Rennen um das Weiße Haus.

Pax Christi USA ist in der Anfangsphase von Gesprächen mit anderen katholischen Interessengruppen auf nationaler Ebene über die Zusammenarbeit bei einer Wahlstrategie, um das Bewusstsein für kritische Themen wie den zügellosen Militarismus und die Erosion demokratischer Systeme zu erhöhen. Bis zum Spätsommer werden wir unseren Mitgliedern Hilfen anbieten, um ihre gewählten Vertreter:innen und Kandidat:innen während dieser Wahlsaison zu kontaktieren.

Nicholas Mele war US-Diplomat und ist Koordinator der Arbeitsgruppe für Nukleare Abrüstung von pax christi USA.

Missachtung des Völkerrechts und unzureichende Kontrolle

Ergebnisse der Rüstungsexport-Studie

Susanne Weipert



Geht Deutschland einen restriktiven „Sonderweg“ bei Rüstungsexporten, wie es seitens der Rüstungsindustrie und Teilen der Regierung behauptet wird oder verstößt die Exportpraxis vielmehr gegen die nationalen, europäischen und völkerrechtlichen Verpflichtungen? Um diese Frage aus juristischer Perspektive zu klären, haben ‚Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!‘, ‚terre des hommes‘ und ‚Ohne Rüstung Leben‘ den Völkerrechtler Prof. Thilo Marauhn sowie Vera Strobel und Kristoffer Burck von der Universität Gießen beauftragt. Die Autor:innen kommen in der nun vorliegenden Studie „Deutsche Rüstungsexportkontrolle vor dem Hintergrund europäischer und internationaler Verpflichtungen“ zu dem Ergebnis, dass ein großer Teil der von der Bundesregierung erteilten Rüstungsexportgenehmigungen gegen den Waffenhandelsvertrag (ATT), die UN-Kinderrechtskonvention und den Gemeinsamen Standpunkt der EU sowie gegen die eigenen politischen Grundsätze der Bundesregierung für Rüstungsexporte verstoßen.

In der Studie wird detailliert aufgezeigt, an welchen Stellen die bestehenden nationalen Gesetze und die Exportpraxis die internationalen und europäischen Anforderungen nicht oder

nur unzureichend umsetzen. Ebenso wird auch der vom Wirtschaftsministerium vorgelegte Eckpunkteentwurf für das geplante Rüstungsexportkontrollgesetz untersucht und herausgestellt, dass auch dieser den rechtlichen Verpflichtungen nicht ausreichend gerecht wird. Der Entwurf eröffnet sogar neue Möglichkeiten zur Abweichung von internationalen Vorgaben, u. a. bei europäischen Gemeinschaftsprojekten. Die Studienautor:innen schließen daher mit der Empfehlung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz zu schaffen, das einerseits die rechtlichen Verpflichtungen umsetzt und darüber hinaus ein Verbandsklagerecht beinhaltet, um Rüstungsexportentscheidungen von Gerichten auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen. Diese Möglichkeit existiert in Ländern wie Großbritannien, den Niederlanden, Frankreich und Italien schon seit Langem.

Ausnutzung des Ermessensspielraums

Scharfe Kritik und Appelle an Deutschland, die Regeln einzuhalten, werden immer wieder von verschiedenen europäischen und internationalen Akteuren eingefordert, darunter das EU-Parlament, der UN-Menschenrechtsrat oder der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes.

So wie es jedoch aktuell auf bundesdeutscher Ebene keine Klagemöglichkeiten gibt, sind diese auch bei den genannten internationalen und europäischen Verträgen nicht oder nur sehr eingeschränkt vorgesehen. In der Folge konnten die Verantwortlichen in Deutschland – sowohl die Regierung als auch Rüstungsunternehmen – für bestimmte Rechtsverletzungen bisher nicht gerichtlich verurteilt werden. Allerdings wird nun seit Anfang März vor dem Internationalen Gerichtshof ein Verfahren angestrebt wegen deutscher Waffenlieferungen an Israel und damit einer möglichen Begünstigung von Völkermord im Gazastreifen. Auch gibt es eine seit 2019 laufende Strafanzeige vor dem Internationalen Strafgerichtshof gegen deutsche Behörden und Unternehmen wegen möglicher Beihilfe zu Kriegsverbrechen im Jemen durch Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien und in die Vereinigten Arabischen Emirate. In beiden Fällen ist jedoch der Ausgang und sind vor allem die Konsequenzen daraus vollkommen offen.

Bis dieser Klageweg aber überhaupt erst möglich ist, ist das Kind schon in den sprichwörtlichen Brunnen gefallen, genauer gesagt ganz real durch deutsche Waffen getötet worden. Und das aufgrund der bewussten Entscheidung der für Rüstungsexporte alleinigen verantwortlichen Bundesregierung, bzw. Exekutive, die ihren Ermessensspielraum derart auszunutzen, dass außen- und sicherheitspolitische Interessen zulasten der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts abgewogen wurden.

Anforderungen an die Politik

Um das künftig zu verhindern und die Bundesregierung in rechtliche Schranken zu weisen, muss ein Rüstungsexportkontrollgesetz geschaffen werden, dass

- strenge und eindeutige Kriterien (wie die Einhaltung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts), für die Genehmigungsfähigkeit von Rüstungsexporten festschreibt,
- die Definition der Vereinten Nationen von Kleinen und Leichten Waffen gemäß Waffenhandelsvertrag (ATT) anwendet, statt die engere europäische Definition,
- die aktuell geltende Differenzierung zwischen Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern aufhebt, (die sich weder im Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Rüstungsexporten noch im ATT findet),
- die Privilegierung der Mitglieder von EU und NATO sowie NATO-gleichgestellter Länder aufhebt,
- das Veto-Recht bei Rüstungsexporten aus Kooperationsprojekten festschreibt, bzw. nicht erlaubt, dass Mehrheitsentscheidungen zur Anwendung kommen,
- ein Verbandsklagerecht enthält, um Rüstungsexportgenehmigungen von Gerichten daraufhin überprüfen lassen zu können, ob diese im Rahmen der bestehenden Gesetze erteilt wurden. Artikel 20, Abs. 3 Grundgesetz schreibt die Bindung der Exekutive an Recht und Gesetz vor.



Auch und gerade weil andere europäische Länder ebenso gegen die internationalen und europäischen Regeln verstoßen, ist es nicht hinnehmbar, auf eine Neuregelung auf europäischer Ebene zu warten. Deutschland muss mit einer wirklich restriktiven Rüstungsexportkontrolle eine Vorreiterrolle innerhalb der EU und bei europäischen Rüstungsprojekten einnehmen. Der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern an menschenrechtsverletzende Staaten und an Länder, die an völkerrechtswidrigen Kriegen und bewaffneten Konflikten beteiligt sind, muss unverzüglich beendet werden.

Dafür werden sich ‚Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!‘, ‚Ohne Rüstung Leben‘ und ‚terre des hommes‘ zusammen mit nationalen und internationalen Partnern weiter konsequent einsetzen.

Susanne Weipert ist Koordinatorin der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

Unsichtbares Leiden, unsichtbare Held:innen

Ein Jahr Krieg im Sudan

Julia Kramer

Am 15. April jährt sich der Kriegsbeginn im Sudan zum ersten Mal. In den deutschen Medien kommt dieser Krieg selten vor, und wenn, dann wird er oft als „vergessener Krieg“ gelabelt. Mai Shatta ist sudanesischer Menschenrechtsverteidigerin und lebt im Exil in Berlin. Sie sagt: „Es ist ermüdend, immer wieder zu erzählen, warum der Krieg im Sudan Menschen hier interessieren sollte. Oft schleicht sich das Gefühl ein, ‚zu viel‘ zu sein, wenn ich hier darüber spreche.“ Aber sie spricht trotzdem. Als Süd-Nord-Fachkraft der KURVE Wustrow macht sie Advocacy-Arbeit, in Kooperation mit dem feministischen Frauen-Netzwerk „Bana“ im Sudan.

Dabei gibt es viele Argumente, warum uns in Deutschland der Krieg im Sudan interessieren könnte: Da ist zum einen die Mitverantwortung der EU, die Miliz der „Rapid Support Forces“ (RSF) unter General Mohamed Hamdan Dagalo (genannt Hemetti) großzumachen. So hat die EU im Rahmen des Khartoum-Abkommens zur Eindämmung von Fluchtbewegungen nach Europa Grenzschutz-Maßnahmen im Sudan gefördert – das Arbeitsfeld der RSF, damals noch unter Diktator Al-Bashir. Italien soll sogar noch 2022 RSF-Einheiten in „Terrorismusbekämpfung“ und der Eindämmung illegaler Einwanderung ausgebildet haben.

Machtkampf auf dem Rücken der Bevölkerung

Dies entbindet die Akteure vor Ort selbstverständlich nicht von ihrer direkten Verantwortung für ihr Handeln: General Hemetti und General Al-Burhan vom „regulären“ Militär führen einen Machtkampf auf dem Rücken der Zivilbevölkerung. Dabei werden sie von verschiedenen regionalen und internationalen Akteuren unterstützt – Hemetti u. a. von Saudi-Arabien, dem libyschen General Haftar, den Vereinigten Arabischen Emiraten und der Wagner-Gruppe – Al-Burhan u. a. von Ägypten. So agieren sich in dem Krieg zahlreiche internationale Interessen aus, nicht zuletzt bezüglich der dortigen Ressourcen.

Es wäre ein Zeichen der Menschlichkeit, wenn uns das immense Leiden der sudanesischen Zivilbevölkerung interessierte – das sich nur oberflächlich in Zahlen abbilden lässt.



Foto: Julia Kramer / KURVE Wustrow

Neben den vielen Tausenden Toten im Zuge der Kämpfe fordert der Krieg auch zahlreiche Opfer, die an mangelnder Gesundheitsversorgung sterben. Sexualisierte Kriegsgewalt ist weitverbreitet. Dazu kommt, dass inzwischen mindestens 18 Millionen Menschen an akutem Hunger leiden – über ein Drittel der Bevölkerung. Und das dürfte erst der Anfang sein. Schließlich mussten laut UN seit Beginn des Krieges über acht Millionen Menschen fliehen – viele davon mehrfach, wenn die Kämpfe ihre Zufluchtsorte erreichten. Ca. 1,3 Millionen davon sind ins Ausland geflohen, bislang zumeist die ebenfalls armen Nachbarländer. Aber, so schließt sich der Kreis, machen sich Flüchtende auch vermehrt auf den gefährlichen Weg nach Europa.

Beeindruckende Geschichten

Es gibt einen weiteren Grund, warum uns die Geschehnisse im Sudan interessieren könnten: Die beeindruckenden Geschichten der Held:innen, die unter schwierigsten Bedingungen gegenseitige Hilfe organisieren. Mai Shatta erzählt: „Dabei hilft der sudanesischen Zivilbevölkerung der hohe Organisationsgrad aus der Zeit vor und während der gewaltfreien Revolution 2018/2019: Die Strukturen der revolutionären Nachbarschaftskomitees wurden ausgebaut, um gegenseitige Unterstützung zu organisieren, darunter zahlreiche



Straßenküchen und sogenannte ‚Emergency Rooms‘ als Ansprechstruktur für Notfälle.“

Das Frauen-Netzwerk Bana half u. a. mit, an verschiedenen Orten medizinische Versorgung zu organisieren, als die öffentliche Gesundheitsversorgung zusammenbrach. Banas Mitglieder – selbst meist durch den Krieg vertrieben – bringen Frauen zusammen, um ihre Resilienz zu stärken und über psychosoziale Auswirkungen und Handlungsmöglichkeiten im Krieg zu informieren. Dabei versuchen sie auch, die akutesten Bedarfe der Frauen und Familien zu erheben und diese dann zu organisieren. Aktivist:innen organisierten sogar Friedensdemos. Lokale Gruppen und Sudanes:innen in der Diaspora fordern ein Ende der Kämpfe, humanitäre Korridore und endlich eine wirkliche zivile Regierung.

Doch je länger der Krieg andauert, desto schwieriger wird das Demonstrieren und Organisieren. Alle Forderungen eines Kriegsendes werden als Unterstützung der jeweiligen Gegenseite gewertet und Aktivist:innen verfolgt. Und auch viele Straßenküchen werden unter Druck gesetzt und müssen schließen. Zu Redaktionsschluss hat Hemetti über die Hälfte des Sudan unter seine Kontrolle gebracht, inklusive der Hauptstadt Khartoum. Ein Ende des Krieges ist nicht abzusehen. Mai

Shatta wird weiter aktiv bleiben. Mit anderen Sudanes:innen in der europäischen Diaspora hat sie eine zivilgesellschaftliche Advocacy-Plattform für ein Kriegsende gegründet. Sie hält weiter Tag und Nacht Kontakt zu ihren mutigen Mitstreiterinnen im Sudan.



Interview mit dem Frauennetzwerk Bana und Unterstützungsmöglichkeiten für akute lokale Hilfen finden Sie hier

www.tinyurl.com/2ax9vnvxv

www.kurvewustrow.org/spendenaufwurf-sudan

Julia Kramer, Conflict Resolution M. A., ist Beraterin und Trainerin in gewaltfreier ziviler Konfliktbearbeitung und ganzheitlichem Sicherheitsmanagement, freiberuflich und für die KURVE Wustrow. Sie engagiert sich u. a. in der Steuerungsgruppe der Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“.



„Friedensarbeit muss nicht asketisch sein“

Diözesanverband Hildesheim

Joachim Hoffknecht

„Einen Beitrag für die nächste Ausgabe der pax_zeit, mit besonderem Interesse auf ein Projekt oder Thema eurer Arbeit im Diözesanverband“, so der Wunsch der pax_zeit-Redaktion. Na super, dachte ich mir, bei nur 70 Mitgliedern in einem der flächengrößten Bistümer Deutschlands können wir uns eigentlich lediglich den Worten aus Essen (letzte Ausgabe) anschließen: „Noch gibt es uns!“ Ergänzt durch: Wie lange noch?

Da ist der Diözesanvorstand, der versucht, den Verband am Leben zu erhalten.

- Durch einen jährlichen politischen Sonntagsfrühschoppen nach dem Gottesdienst. Für alle Süddeutschen: Zwar ohne Bier und Weißwürste, aber mit einem aktuellen politischen Thema. Letztes Jahr mit Andreas Zumach zum Ukrainekrieg.
- Mit der für alle Verbände verbindlichen Diözesanversammlung zur Abhandlung der Regularien, verbunden mit etwas Informativem oder auch Schönem. Das kann eine thematische Stadtführung in Braunschweig sein, aber auch der Besuch des Weihnachtsmarktes mit Bratwurst und Glühwein. Friedensarbeit muss doch nicht immer asketisch sein.
- Und dem alle zwei Jahre stattfindenden Angebot einer kleinen Reise über zwei Tage. Im letzten Jahr ging es mit zwölf Personen nach Bremen, mit einer Stadtführung zum jüdischen Leben, dem Thema Kolonialismus im Überseemuseum und der Besichtigung des Denkmals Bunker Valentin.

Wichtiger aber sind die beiden aktiven Basisgruppen in Braunschweig und Bad Harzburg. So sind die Braunschweiger regelmäßig an Andachten am Schacht Asse beteiligt, um auf die Bewahrung der Schöpfung und die Gefahren des Atommülls hinzuweisen. Hier in der Nähe von Braunschweig wurden bis 1978 atomare Abfälle und giftiger Sondermüll aller Art in ein altes Salzbergwerk eingelagert. Jetzt droht das Bergwerk abzusaufen und der Müll muss wieder ans Tageslicht geholt werden. Ebenso sind die Braunschweiger (trotz kontroverser Diskussionen in der Gruppe zur Haltung im Ukrainekrieg) seit dem Angriff Russlands wöchentlich mit einer Friedensandacht in ihrer Gemeinde St. Albertus Magnus präsent (Respekt!).

Der Basisgruppe Nordharz ist der 27. Januar ein festes Anliegen. Seit 1999 steht bei der Gedenkveranstaltung immer eine Person oder Personengruppe im Mittelpunkt. Dieses Jahr war es der Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. Thema: Ihr hättet Nein sagen können. 2023 war es die Verfolgung der Arbeiterbewegung mit Beispielen aus Bad Harzburg. Thema: Den eigenen Tod vor Augen. Die Veranstaltung lebt von den vorgetragenen Texten der Gruppe, aber auch von der begleitenden Musik. Dieses Jahr kamen mehr als 100 Personen.

Fazit: Uns gibt es noch! Teilweise auch sehr aktiv. Und die Frage nach der zeitlichen Dauer wird die Zukunft entscheiden.

Joachim Hoffknecht ist Geschäftsführer des Diözesanverbandes Hildesheim.



TOGETHER

Zukunft hat der Mensch des Friedens

Veronika Hüning

Es waren einmal zwei Dörfer, eines links und eines rechts vom Fluss gelegen. Die Alten im linken Dorf mit Namen Campo Rojo erzählten den Jungen, dass den Menschen im rechten Dorf mit Namen Arroyo Negro nicht zu trauen sei und umgekehrt. Die Leute aus Campo Rojo würden Unkrautsamen auf die Äcker in Arroyo Negro streuen, hieß es. Und die Leute aus Arroyo Negro würden Faulbrut in die Bienenstöcke in Campo Rojo einbringen.

In einem Jahr kam es aufgrund widriger Wetterverhältnisse zu einer Hungersnot in Campo Rojo. Die Leute dort verfielen darauf, jede Nacht den Fluss zu überqueren, in die Vorratskammern von Arroyo Negro einzubrechen und Gemüse und Würste zu stehlen. „Wir müssen in den Krieg gegen Campo Rojo ziehen und unser Eigentum zurückholen!“, verlangte der Ältestenrat von Arroyo Negro. Doch da meldete sich ein junger Mann zu Wort und behauptete, er habe eine bessere Idee. Nach langer Diskussion ließen sich die Dorfbewohner darauf ein, sie auszuprobieren. Jeden Morgen überquerten sie den Fluss und stellten einen Sack mit Hirse und einen mit Milchpulver ans Ufer. Nach 7 Tagen hörten die Diebstähle auf. Nach 7 Wochen hörten die Behauptungen über Unkrautsamen und Faulbrut auf. Nach 7 Monaten schlossen Unterhändler aus Campo Rojo und Arroyo Negro ein Handelsabkommen über den Austausch von Mais und Honig. Nach 7 Jahren heiratete der immer noch junge Mann aus Arroyo Negro eine hübsche Frau aus Campo Rojo.

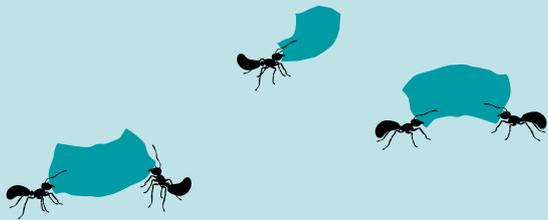
Freilich – ein Märchen. „So geht es in der Welt nicht zu“, heißt es. „Unrealistisch!“ „Naiv ...“ Und doch: Der junge Mann aus Arroyo Negro zeigt, wie es gehen könnte, wenn Menschen nicht auf Vergeltung und Krieg setzen. Wenn sie die Not und die Bedürfnisse des „Feindes“ nicht aus den Augen verlieren. Er hat einen gewaltfreien Weg gewagt und Zukunft gewonnen – für beide Dörfer.

Ganz reale und nicht naive Menschen wagen es auch. Mich hat ein Interview mit Bassam Aramin und Rami Elhanan sehr bewegt, einem palästinensischen und einem israelischen Mitglied der Friedensorganisation Combatants For Peace. Bassam sagte: „Wir kämpften dafür, genau diesen fatalen Kreislauf der Rache zu durchbrechen. Das gegenseitige Töten schafft nur noch mehr Feindschaft, noch mehr Hass und noch mehr Opfer.“

Ich hoffe, der Katholikentag wird Ansätze und Beispiele aufzeigen, wie eine friedlichere Zukunft aufgebaut werden kann. Zukunft hat der Mensch des Friedens! Das ist eine Verheißung. So wie die Verheißung Jesu: „Selig, die keine Gewalt anwenden; sie werden das Land erben.“

Veronika Hüning ist Mitglied im pax christi-Diözesanverband Hildesheim und war von 2000–2009 pax christi-Vizepräsidentin.

FRIEDEDEN



Für Großes braucht es viele.

Wir freuen uns über jede und jeden, der sich mit uns für eine gerechtere und friedlichere Weltgemeinschaft engagieren möchte. Nur gemeinsam können wir uns mehr Gehör verschaffen.

Deshalb brauchen wir Sie:

- Engagieren Sie sich in den lokalen pax christi-Gruppen.
- Werben Sie Mitglieder für die pax christi-Bewegung.
- Unterstützen Sie die Friedensarbeit mit Ihrer Spende.

Informationen dazu finden Sie auf www.paxchristi.de

Spenden unterstützen pax christi
pax christi – Deutsche Sektion e. V.
Pax-Bank eG
IBAN DE17 3706 0193 4006 1000 10
BIC GENODED1PAX
Verwendungszweck: Frieden spenden